

Leseprobe

Roberto Heinrich und Richard Hilmer

**Die großen Parteien unter Druck – Eine Analyse der
Wahl zum Deutschen Bundestag 2005**

*Erschienen in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Unentschieden - Die erzwungene
Koalition. Olzog-Verlag, München, S. 201-217.*

Aufgrund der schlechten Umfragewerte von SPD und Grünen zweifelten zu Beginn des kurzen Wahlkampfes nur wenige ernsthaft an der Abwahl des seit sieben Jahren amtierenden Regierungsbündnisses. Vielmehr rechnete die deutsche Öffentlichkeit für die Wahl am 18. September mit einer Rückeroberung der Regierungsmacht durch die Union und FDP, die sie 1998 nach 16-jähriger Regentschaft Kohls verloren hatten. Ein Szenario, das mit den Erhebungen von Infratest dimap ab Anfang August allerdings keineswegs als gesichert und eine Woche vor der Wahl sogar als eher unwahrscheinlich betrachtet werden musste¹. Mehr noch als der verfehlte bürgerliche Regierungswechsel, an dem viele Beobachter, darunter auch einige Umfrageinstitute bis zuletzt fest hielten, musste daher am Wahlabend die Schwäche der CDU/CSU überraschen. Am Ende schnitt die Union mit einem Stimmenanteil von 35,2 Prozent nur wenig besser ab als die SPD, die auf 34,2 Prozent kam, wie die SPD verfehlte auch die CDU/CSU ihr Wahlergebnis von 2002 deutlich.

Das schwache Abschneiden von CDU/CSU und SPD stellt für die bundesdeutsche Wahlgeschichte einen tiefen Einschnitt dar. Abgesehen von der Nachkriegswahl 1949 fiel der gemeinsame Wähleranteil von Union und SPD bei keinem Urnengang zuvor so niedrig, der der anderen Bundestagsparteien so hoch aus. Noch drei Jahre zuvor konzentrierten sich 77,0 Prozent aller Wählerstimmen auf Union und SPD, diesmal konnten beide Parteien lediglich 69,4 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Statt jeder fünften Stimme wie 2002 (20,0 Prozent) ging nunmehr etwa jede vierte an die drei anderen im Bundestag vertretenen Parteien (26,7 Prozent). Die Folge: Einer für die Regierungsbildung in Deutschland bislang typischen „minimal winning coalition“ aus einer großen Partei und einem kleineren Koalitionspartner fehlte erstmals seit 1953 die rechnerische Mehrheit.

Daran ändert auch das unerwartet gute Ergebnis der FDP nichts: Die Liberalen legten gegenüber 2002 2,5 Punkte zu und erzielten unter dem Strich einen Wähleranteil von 9,8 Prozent. Dies reichte, um mit der Union einen größeren gemeinsamen Wählerrückhalt zu erzielen als das amtierende Regierungsbündnis aus SPD und Grünen, aber es genügte nicht, einen Regierungswechsel an der Seite der Union herbeizuführen. Der Grund hierfür bildete die starke Wettbewerbsposition der aus der PDS und der SPD-Abspaltung WASG hervorgegangenen Linkspartei. Diese Gruppierung, die von keiner Partei als Koalitionspartner akzeptiert wurde und eine Beteiligung an der Bundesregierung auch nicht anstrebte, erzielte einen Stimmenanteil von 8,7 Prozent und landete damit noch vor den Grünen, die mit 8,1 Prozent der Stimmen ihr Rekordergebnis von 2002 nur knapp verfehlten.

Vor dem Hintergrund dieses für die Bundesrepublik außergewöhnlichen Wahlausgangs stellt sich für die Wahlforschung eine ganze Reihe von Fragen, einige von ihnen sollen im Folgenden beantwortet werden²:

1. Welche Wählerbewegungen haben zu diesem historischen Wahlergebnis geführt?
2. Inwiefern spiegelt dieses Ergebnis die fortschreitende Auflösung traditioneller Koalitionen zwischen bestimmten sozialen Gruppen und einzelnen Parteien?

¹ Anfang August vermeldete Infratest dimap erstmals ein Patt zwischen CDU/CSU, FDP und SPD, Grünen und Linke.PDS. In der letzten veröffentlichten Umfrage von Infratest dimap eineinhalb Wochen vor der Wahl besaßen CDU/CSU (41 Prozent) und FDP (6,5 Prozent) einen Rückstand von 2 Punkten auf SPD (34 Prozent), Grüne (7 Prozent) und Linke.PDS (8,5 Prozent). Auch die Forschungsgruppe Wahlen vermeldete in ihrer letzten Umfrageveröffentlichung vor der Wahl einen Rückstand des bürgerlichen Lagers.

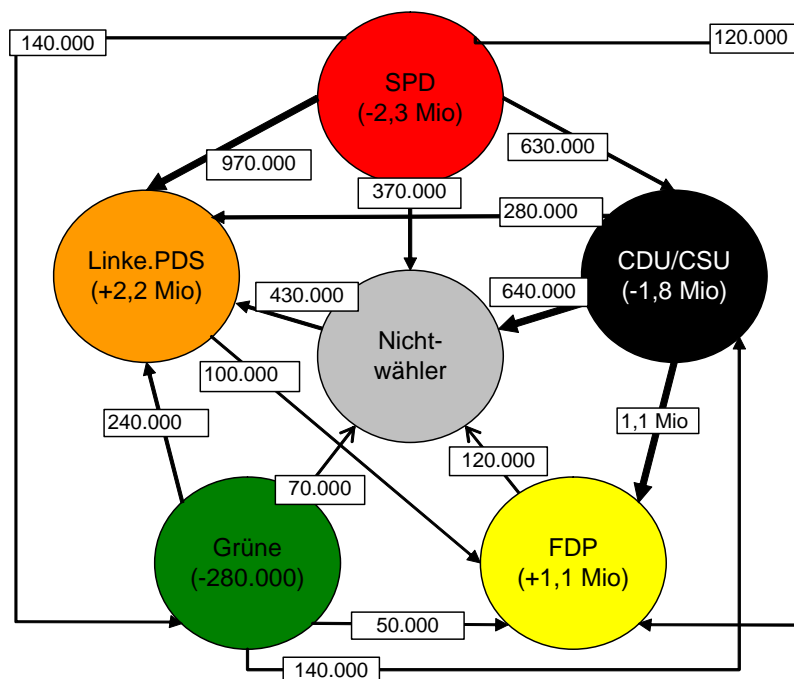
² Auf die Rolle des Wahlkampfes und die ausgeprägte Dynamik in der Präferenzbildung der Wahlberechtigten unmittelbar vor der Wahl ist bereits an anderer Stelle hingewiesen worden: Siehe hierzu: Hilmer, Richard/Müller-Hilmer, Rita 2006: Bundestagswahl 2005: Ein Votum für Wechsel in Kontinuität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H.1, 37.Jg., S.183 – 218; ebenso: Wessels, Bernhard 2006: Geheime Wahl. Was Meinungsforscher vor dem 18. September nicht wissen konnten, in: WZB-Mitteilungen Nr 110, S. 7 – 10.

3. Welche Struktur besaß die politische Agenda und welche Kompetenzpositionen hatten die Parteien inne?
4. Welche Motive bestimmten die Wahlentscheidung am 18. September?

Verlustquellen von SPD und Union: Wählerbewegungen zwischen 2002 und 2005

Dem schwachen Abschneiden von CDU/CSU und SPD entsprechen deutliche Verluste beider Parteien. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 verlor die SPD 4,3 Punkte, die Union 3,3 Punkte. In absoluten Zahlen erhielten beide Parteien jeweils ca. 2 Mio. Stimmen weniger als noch drei Jahre zuvor. So ähnlich das Volumen der Einbußen für beide Parteien ausfällt, ihre Quellen sind nicht identisch. Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap, die im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Wahl die Wählerbewegungen zwischen den Parteien nachzeichnet, aber auch zwischenzeitige Veränderungen im Wahlkörper berücksichtigt³, zeigt für die SPD Nettoverluste in alle politischen Richtungen (Abb. 1). In erster Linie aber gehen die SPD-Verluste auf die Abwanderung ehemaliger SPD-Wähler zur neuen Linkspartei zurück (-970.000 Stimmen). Der zweitgrößte Nettoverlust der SPD vollzog sich im Austausch mit der Union (-630.000 Stimmen). Die Abwanderung von SPD-Wählern ins Lager der Nichtwähler hielt sich im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen in Grenzen (-370.000 Stimmen).

Abb.1: Wählerwanderung Bundestagswahl 2005



Nettogewinne und -verluste

Gewinne aufgrund von Erstwählern und Verluste durch verstorbene Wähler sind in der Grafik nicht berücksichtigt

Quelle: ARD/ Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahl 2005 18. September 2005

Der Zustrom ehemaliger SPD-Wähler reichte den Unionsparteien bei weitem nicht aus, um ihre Verluste im Austausch mit den anderen Wettbewerbern auszugleichen. Die mit Abstand

³ Siehe zum Wählerwanderungsmodell von Infratest dimap, aber auch möglichen Alternativen: Hilmer, Richard/ Kunert, Michael 2005: Wählerwanderung: Das Modell von Infratest dimap, in: Falter, Jürgen W./ Gabriel, Oscar W./ Wessels, Bernhard (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden, S. 134-156.